

# Stadt und EnBW wollen Streit beenden

S+Z, 132  
2018

**Kompromiss** Der Kampf um Strom-, Gas- und Wassernetze soll nicht länger vor Gericht ausgetragen werden. *Von Jörg Nauke*

Die Stadt Stuttgart und die EnBW wollen ihren Streit über die Übergabe von Strom-, Gas-, Wasser- und Fernwärmenetzen nicht länger vor Gericht ausfechten, sondern einen Kompromiss über alle Geschäftsfelder hinweg finden. Entsprechende Informationen unserer Zeitung bestätigten Vertreter beider Parteien. Sie sprachen von einem „Austausch, um zahlreiche Themen zu einer Lösung zu bringen“, und von einem „Dialog auf verschiedenen Ebenen“.

Für Oberbürgermeister Fritz Kuhn (Grüne) wäre eine außergerichtliche Lösung ein großer Erfolg. Er brächte wesentliche Impulse und eine Beschleunigung sowohl für die kommunale Energiewende als auch für die Förderung der E-Mobilität – etwa beim gemeinsamen Aufbau von Ladesäulen. Finanzielle Nachteile beim Erwerb der Netze könnte die Stadt durch Einsparungen von Gerichts- und Anwaltskosten sowie durch Verbesserungen beim bisherigen Müllvertrag kompensieren.

Auch der öffentlich geförderte Wohnungsbau würde profitieren. Die jahrelange Verzögerung beim Bau Tausender Wohnungen auf den frei werdenden Bahngleisen des Projekts Stuttgart 21 wäre weniger gravierend. Zwar betreiben Stadt und EnBW die Verteilung von Strom und Gas bereits seit einigen Jahren als Gesellschafter der Netze Stuttgart GmbH gemeinsam. Der Energieversorger, der mehrheitlich dem Land und dem Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke gehört,

verfügt vor allem aber über attraktive Grundstücke, etwa entlang der B 10 im Stuttgarter Osten. Die Stadt hat bereits Ideen entwickelt, die Uferstraße zu verlegen, um dort das Wohnen am Fluss zu ermöglichen. Eine Beilegung des Streits könnte diese Pläne beschleunigen. Schneller ließe sich auch das ebenfalls im Osten gelegene Areal der ehemaligen Firmenzentrale bebauen. Die Entscheidung der Stadt, sich dafür ein Vorkaufsrecht einzuräumen, hatte für Verstimmung gesorgt. Finanzbürgermeister Michael Föll (CDU) hatte das Ansinnen der SPD, eine politische Gesamtlösung zwischen Land und Stadt zu suchen, als unrealistisch betrachtet. Den großen Deal werde es nicht geben.

Die Parteien sind Dauergäste vor Gericht. Zuletzt wurde die EnBW-Tochter Netze BW gezwungen, die Strom- und Gasverteilungsanlagen (Hochspannung und Hochdruck) auf die Stadt zu übertragen. Nicht entschieden wurde, zu welchem Preis dies geschehen soll. Der Streitwert beträgt rund 30 Millionen Euro. Ein Gang vor den Bundesgerichtshof scheint denkbar. Eine unendliche Geschichte vor Gericht könnte auch die Debatte über das Wassernetz werden. Das Landgericht hat 280 bis 290 Millionen Euro vorgeschlagen. Die EnBW hat das abgelehnt, allerdings – wie auch die Stadt – Gesprächsbereitschaft signalisiert. Die EnBW verlangte 480 Millionen Euro, die Stadt wollte nur 160 Millionen Euro bezahlen.

- Bericht und Kommentar SEITE 17